

«Für mich ist Grün kein politisches Programm, Grün lebt man»

KANTON FDP-Nationalrätin Petra Gössi ist die Jüngste im Schwyzer Quartett in Bern. Mit knackigen Voten gegen den Neuen Finanzausgleich sorgte sie für Aufsehen.

JÜRIG AUF DER MAUR

Zwei aktuelle Ratings prägen das Bild, das man von ihr hat: Die Küssnachter FDP-Nationalrätin Petra Gössi ist die KMU-freundlichste Schwyzer Volksvertreterin, doch mit der Umwelt hat sie es nicht so. Hier schnitt sie kürzlich denkbar schlecht ab. Wie sieht sie sich, die als amtierende Schwyzer FDP-Präsidentin den Sprung in ihre zweite nationale Legislaturperiode schaffen will?

Ausser für den SVP-Vertreter Pirmin Schwander könnte es für alle drei anderen im Herbst jedenfalls eng werden. Nur er schafft die notwendige 20-Prozent-Hürde locker, die anderen drei sind auf Wahlkoalitionen und Listenverbindungen angewiesen. Gössi weiss das. Und bleibt trotzdem locker. «Ich habe viel gearbeitet und nach bestem Wissen und Gewissen entschieden. Wenn es für eine Wiederwahl reicht, bin ich glücklich», sagt sie im «Gespräch zum Jahresanfang».

Und sonst? «Wenn ich nicht gewählt werde, dann bin ich froh, dass ich mich dank des Milizsystems wieder voll im Job engagieren kann, weil ich bereits jetzt einer Arbeit nachgehe, die unabhängig von der Politik funktioniert.»

Sie freue sich auf das bevorstehende Jahr. Doch es ist ihr keineswegs egal, ob sie gewählt wird oder nicht. «Ohne Anstellung in der Privatwirtschaft wäre ich nicht so locker», präzisiert sie im Gespräch mit dem «Boten».

Petra Gössi, Sie sind Gewerbe- und Finanzpolitikerin, doch mit der Umwelt haben Sie es nicht?

Das stimmt nicht. Die Umwelt liegt mir sehr am Herzen. Das mag Sie erstaunen. Ich bin in meiner Freizeit viel in der Natur. Die Berge und Wälder geben mir viel.

Aber?

Ich will, dass jeder so leben kann, wie er will. Ich bin in den letzten Jahren zum Beispiel kaum geflogen und fahre ein sparsames Auto. Ich bin überzeugt, dass ich sehr sorgsam mit unserer Umwelt umgehe.

Das heisst?

Für mich ist die Umwelt wichtig. Das bedeutet aber nicht, dass jemand, der für den Ausbau am Axen oder gegen eine zweite Röhre am Gotthard ist, kein Umweltbewusstsein hat. Deswegen ist man nicht verantwortungslos. Im Gegenteil. Ich will nicht Bahn und Strasse gegeneinander ausspielen. Aber ich möchte eine Vollkostenrechnung

FDP-Nationalrätin Petra Gössi erklärt am Küssnachter Quai, weshalb sie für die zweite Gotthardröhre und gegen die Energiewende ist.

Bild Jürg Auf der Maur



sehen. Und da bin ich überzeugt, dass sinnvoll gebaute Strassen ebenso gut abschneiden. Auch für die Umwelt. Es macht keinen Sinn, wenn Autos kilometerlang vor dem Gotthard im Stau stehen und die Motoren laufen lassen müssen, weil es nur Schritt um Schritt vorwärtsgeht. Zudem sind der öffentliche und der private Verkehr aufeinander angewiesen. Das gilt auch für die Energiewende.

Da bleiben Sie auch auf Atomkurs, die Energiewende lehnen Sie ab. Weshalb?

Die Schweiz übernimmt die Fehler Deutschlands. Das ist unglaublich. Als FDP-Politikerin will ich keine Technologiebremse. Die vom Nationalrat beschlossene Energiepolitik beinhaltet aber ganz klar solche Elemente. Wir müssen uns weiterentwickeln können. Niemand weiss, was als Nächstes erfunden wird. Wenn wir nun unsere Dächer mit Solarpanels zupflastern, die die nächsten zwanzig Jahre subventioniert werden, dann ist diese Technologie für Neuerungen nicht mehr interessant. Wir werden keinen Platz mehr für Weiterentwicklungen haben. Ich bin auch für energiesparende Geräte, das ist ja klar. Aber für mich ist «Grün» kein politisches Programm. Grün lebt man.

So, wie Sie tönen, sollten Sie zu den Grünliberalen wechseln. Was machen Sie noch bei der FDP?

Die Grünliberalen sind gegen die zweite Gotthard-Röhre, und sie waren gegen den Gripen-Kauf. Ich wüsste nicht, weshalb

ich von der FDP weggehen sollte. In Bern stimmen die Grünliberalen und die FDP in wichtigen Fragen nicht gleich ab, dort ist die GLP oft links orientiert.

Am wichtigsten bleibt Gössi die Finanzpolitik. Den Kampf für Verbesserungen im NFA hat sie sich auch für



«Ich bin überzeugt, dass ich sehr sorgsam mit unserer Umwelt umgehe.»

PETRA GÖSSI,
NATIONALRÄTIN FDP

2015 auf die Fahne geschrieben. Im letzten Jahr griff sie auch mal zum verbalen Zweihänder, forderte, Schwyz solle ein Sperrkonto einrichten. «Das ist mittlerweile eine Forderung, die von verschiedener Seite genannt wurde, zum Beispiel auch von der Zuger FDP», bleibt Gössi ihrem Vorschlag treu und sagt: «Wenn wir nicht immer wieder unseren Standpunkt einbringen, werden wir nicht gehört.» Und vor allem macht sie wütend, dass die Nehmerkantone

schon gar nicht bereit seien, auf einen Dialog einzutreten.

Mit saftigen Voten erreiche sie wenigstens, von diesen gehört zu werden. Das sei doch das Mindeste.

Die Morgarten-Feier?

Da werde ich sicher teilnehmen. Ich bin schon jetzt gespannt, was die Historikertagung in Goldau Neues hervorbringt. Mich interessiert unsere Geschichte. Eine solche Feier ist auch eine gute Gelegenheit, sich Gedanken über unseren Staat zu machen. Über unsere Freiheit oder über die Eigenständigkeit der Schweiz.

Gössi will sich in diesem Jahr nicht nur um den NFA kümmern. Auch die Unternehmenssteuerreform III, die bald in die parlamentarische Beratung kommt, wird sie stark fordern. Und auch für die Annahme der Milchkuh-Initiative, die Kostentransparenz bei der Finanzierung der Verkehrsträger herstellen will, wird sie kämpfen. Und die Kritik der Wirtschaft an der Politik?

Teilen Sie die Meinung von Ruedi Reichmuth, der ein Ende des Parteien-Hickhacks fordert?

Es ist wichtig, dass die Parteien nicht alles blockieren, nur weil sie ihr Parteiprogramm durchboxen wollen. Die Politik ist verpflichtet, Lösungen zu finden, wo Probleme sind. Wenn ich nur an einem Pol politisiere, gibt es keine mehrheitsfähigen Lösungen. Die Politik wird immer komplexer. Die Politiker aus allen Lagern müssen dennoch auf-

einander zugehen und auch einmal über ihren Schatten springen. Das ist nicht immer einfach. Es gibt eine Tendenz zu ständigem Wahlkampf und damit zu einer Überforderung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Das ist gefährlich.

Was ist Ihnen also wichtig?

Wir müssen Lösungen finden, die nicht zwingend dem Staat angelastet werden. Konkret: Es braucht beispielsweise Kindertagesstätten. Das heisst aber nicht, dass der Staat die Rechnungen übernehmen muss. Wichtig ist mir aber, dass die Leute verstehen, dass die Politik alle angeht, weil sie unseren Alltag bestimmt. Und wir müssen aufpassen, dass die Politik nicht die Wirtschaft und die Umwelt zu Tode verwaltet. Diese Tendenz ist schon weit fortgeschritten.

Gespräche zum Jahresanfang

adm. 2015 ist ein Wahljahr. Grund genug für den «Boten», in «Gesprächen zum Jahresanfang» mit den vier amtierenden Nationalräten deren Befindlichkeiten aufzuspüren. Was wird 2015 bringen? Welche Akzente wollen sie setzen? Mit FDP-Nationalrätin Petra Gössi veröffentlichen wir heute den letzten Teil unserer Kurz-Serie.

Wahlgesetz und Geldfragen

ABSTIMMUNGEN red. Am kommenden 8. März sind die Schwyzerinnen und Schwyzer an die Urne gerufen. Sie haben kantonal und eidgenössisch über insgesamt vier Vorlagen zu befinden.

Im Kanton Schwyz steht die Abstimmung über das neue Wahlrecht im Vordergrund. Zum einen geht es um die von der SVP eingereichte Volksinitiative «Für ein einfaches und verständliches Wahlsystem». Dieser Majorzinitiative wird der Gegenvorschlag der Regierung «Kantonsproporz mit Sitzgarantie» gegenübergestellt. Entschieden wird weiter über die SVP-Initiative «Steuerfuss vor das Volk». National geht es ebenfalls um Beschlüsse zu zwei Volksinitiativen. Die eine will unter dem Stichwort «Familien stärken!» steuerliche Entlastungen für Kinder- und Ausbildungskosten. Die zweite fordert eine «Energie- statt Mehrwertsteuer».

Initianten machen Druck auf die Regierung

AXENPROJEKT Der Druck auf die Regierung in Bezug auf das Axenprojekt bleibt hoch. Bereits seien über 1700 Unterschriften gesammelt, heisst es in einem Schreiben. Bis Ende Monat muss die Schwyzer Regierung in Bern Farbe bekennen.

JÜRIG AUF DER MAUR

Der Druck auf das Axenprojekt wird auch im neuen Jahr nicht kleiner. In einem den Medien und der Regierung zugestellten Schreiben erinnert das Komitee «Axen vors Volk» die Schwyzer und Urner Regierung an den Widerstand gegen das Milliardenprojekt.

Hintergrund dafür ist ein Termin, der für die Initianten wichtig ist. Die Schwyzer Regierung sei, so das von Toni Reichmuth und Kantonsrat Andreas Marty unterzeichnete Schreiben, vom

Generalsekretariat vom Departement Leuthard zu einer Stellungnahme aufgefordert worden. Konkret muss sie sich zum Sistierungsantrag der Umweltverbände äussern. Der Termin hiezu läuft am 22. Januar ab. Für Reichmuth und Marty, die beiden Kopräsidenten, ist der Fall klar: «Im momentanen Zeitpunkt wäre die Weiterführung der Planung in mehrfacher Hinsicht eine teure Zwängerei. Denn nicht nur die Umweltverbände, sondern auch die

Verantwortlichen fordern für die Axeninitiative einen Stopp. Unter anderem soll zunächst die Antwort auf die im Nationalrat durch die Motion Schwander/Tschümperlin aufgeworfenen Fragen abgewartet werden. Ganz abgesehen davon, seien insgesamt 57 weitere Einsprachen eingereicht worden.

Schon 1700 Unterschriften

Selbst wenn die Bundesversammlung, so die Kopräsidenten, dem Bau einer neuen Axenstrasse zustimmen würden, würde es sich nicht um ein Netzvollendungsgesetz, sondern um eine Engpassbeseitigung handeln. Dann müsste der Bund zu 100 Prozent die Kosten übernehmen, für Schwyz würden die 60 Millionen, die bisher als Beitrag vorgesehen sind, entfallen.

Offenbar gut unterwegs ist aus Sicht der Initianten die Unterschriftensammlung. Per Ende Jahr konnten bereits 1711 beglaubigte Unterschriften bereitgestellt werden. Dazu haben noch 216

Leute «Axen vors Volk - Für Sicherheit ohne Luxustunnel» unterschrieben. Bis zu den notwendigen 2000 Signaturen fehlt also nur noch wenig.

Baudirektor nicht überrascht

«Unsere Antwort ist in Vorbereitung», erklärt der Schwyzer Baudirektor. Da es sich um ein Gemeinschaftsprojekt handle, gehe die Antwort zuerst noch in eine Kurzvernehmlassungsrunde bei den Projektplanern im Bundesamt für Strassen (Astra) und Kanton Uri. Othmar Reichmuth: «Aufgrund der noch ausstehenden Rückmeldungen, aber auch unter Beachtung des laufenden Verfahrens kann ich zum Inhalt unserer Stellungnahme keine Auskunft geben.»

Nur so viel: Reichmuth hat damit gerechnet, dass die Volksinitiative auf Sukkurs stösst. «Der Bestand von offenbar 1700 beglaubigten Unterschriften überrascht mich in keiner Art und Weise», ergänzt der Schwyzer Baudirektor.